

Gegnerinnen und Gegner der Umfahrung Uznach jubeln LZ 25.11.24

Sie haben leidenschaftlich und hartnäckig gekämpft. Nun haben es die Gegnerinnen und Gegner der Regionalen Verbindungsstrasse (RVS) A15-Gaster geschafft. Die Umfahrung von Uznach ist vom Tisch.



Wurden von einer kleinen Gruppe zu einer schlagkräftigen Bewegung: Die Gegnerinnen und Gegner der Umfahrung feiern ihren Sieg im Begegnungszentrum Uznach.

Bild Markus Timo Rüegg

von Urs Schnider

Es ist ein überraschend klares Verdikt: Die Uzner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger lehnen die Umfahrung deutlich ab. Gemeindepäsident Diego Forrer verkündete am Sonntag das Abstimmungsergebnis. Bei 2472 eingegangenen gültigen Stimmen wurde die RVS mit 57 Pro-

57

Prozent

Nein-Stimmen-Anteil. So das Ergebnis in Uznach zur Umfahrung. Diese ist damit vom Tisch.

zent (1409 Stimmen) gegenüber 43 Prozent oder 1063 Stimmen abgelehnt. Die Umfahrung ist vom Tisch.

Viel Geld und Zeit verloren

Mit der Abstimmung sind auch sechs Millionen Franken und 15 Jahre Planungszeit verloren. Klar, dass sich der Uzner Gemeinderat, der geschlossen hinter der Umfahrung stand, die Projektplaner des Kantons, aber auch die

Region Zürichsee-Linth sowie die «IG Verbindungsstrasse JA» sehr enttäuscht zeigen vom Ergebnis.

Die Abstimmung bewegte in Uznach, spaltete aber auch. Parteien, Vereine, ja sogar Familien sahen sich vor einer Zerreissprobe. Nun herrscht Klarheit, deutliche Klarheit. Das ist gut, auch wenn es keinen Plan B gibt. Die Reaktionen der Gegnerinnen und Befürworter. **REGION SEITEN 2 UND 3**

Befürworter der Verbi sind nach Niederlage

Es gab wohl selten einen derart intensiv geführten Abstimmungskampf in Uznach. Nun Die Stimmbürgerschaft lehnt den Gemeindebeitrag mit 57 Prozent deutlich ab. Félix Brun



Betretene Gesichter: Die Verantwortlichen von Gemeinde, Region und Kanton verkünden das Abstimmungsergebnis; Félix Brunschwiler, Michael Rütsche, Diego Forrer, Marcel John

von Urs Schnider

L2 25.11.24

Wer gestern Vormittag die Website der Gemeinde Uznach besuchte, um zu schauen, ob vielleicht schon erste Ergebnisse zur Abstimmung vorliegen, wurde enttäuscht. Die Seite war nicht erreichbar. Eine Info an den Uzner Gemeindepräsidenten Diego Forrer wird prompt beantwortet: «Ja, unser Provider hat gesamtschweizerisch eine Hackerattacke zu bewältigen.» Alle Websites dieser Firma würden lahm liegen, so Forrer.
Das ist nicht weiter tragisch, denn Uznach hatte angesichts der grossen Bedeutung der Abstimmung zur Regionalen Verbindungsstrasse (RVS) A15-Gaster und des intensiv geführten Abstimmungskampfs ohnehin zu einer Medienkonferenz gerufen.
Und die hatte es in sich. Während Forrer gut gelaunt wirkte – und man das so hätte deuten können, dass die RVS angenommen wurde, schaute der Präsident der Region Zürichsee-Linth, Félix Brunschwiler, ziemlich griesgrä-

«Verantwortung liegt nicht bei uns, sondern beim Gemeinderat Uznach.»

Roger Zahner
Mitglied Steuergruppe IGMRU

«Jetzt sind die gefordert, die die Verbindungsstrasse gebodigt haben.»

Mario Grob
Präsident
IG Verbindungsstrasse JA

mig in die Runde. Und auch die Mimik der beiden Vertreter des kantonalen Tiefbauamtes (TBA), Kantonsingenieur Marcel John und RVS-Projektleiter Manfred Huber, liess eher auf ein Nein deuten. Und in der Tat: Um 14.05 Uhr verkündete Diego Forrer das offizielle Abstimmungsergebnis. Bei 2472 eingegangenen gültigen Stimmen wurde die RVS mit 57 Prozent (1409 Stimmen) gegenüber 43 Prozent oder 1063 Stimmen abgelehnt.

Brunschwilers klare Worte
Alle Befürworter äusserten an der Medienkonferenz in der Haslen ihr Bedauern zum Ergebnis. «Der Gemeinderat nimmt das Ergebnis ernüchert zur Kenntnis», sagte Forrer.

Seine vermeintlich gute Laune erklärt er mit einem «Pokerface». Er wolle seine grosse Enttäuschung etwas verbergen. Und die sei wirklich sehr gross. «Es ist uns nicht gelungen, die Mehrheit der Uznerinnen und Uzner von diesem sehr guten Projekt zu überzeugen.» Die Gegnerschaft habe stark mobilisiert und mit «alternativen Fakten» operiert, die zu Ver-

unsicherung geführt hätten, so Forrer.

Und er fügte noch an, dass die letzten Monate Uznach gespalten hätten. Familien, Vereine, Parteien. Dazu verschickte der Uzner Gemeindepräsident gestern Sonntag einen «Offenen Brief». Es sei ihm wichtig, dass «wir uns jetzt wieder begegnen» können. «Gehen wir einen Schritt aufeinander zu und versuchen wieder vermehrt, auch für andere Meinungen Verständnis aufzubringen.»

Seine Enttäuschung nicht verbergen konnte Félix Brunschwiler, der auch als Schmerkner Gemeindepräsident einen bitteren Sonntag erlebte, weil die Erschliessung des Industriegebiets nun von der Gemeinde gestemmt werden muss. Brunschwiler fand deshalb klare Worte. So nannte er etwa das Motto der Strassengegner «Wir bezahlen, die anderen profitieren» zynisch.

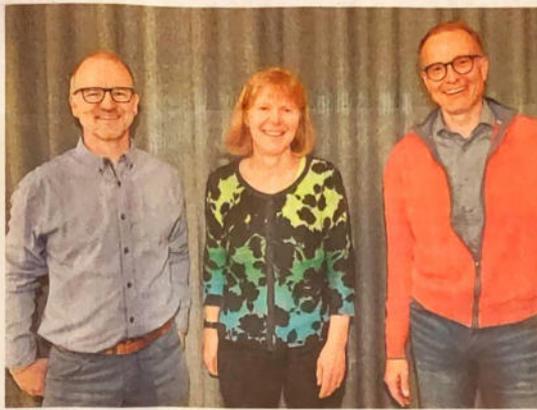
Kanton: Kein Plan B
Uznach sei von der Region als Regionalzentrum bestimmt und profitiere davon. Er nannte Institutionen wie das Spital, die Kesh, Kreisgericht, die Sozialen Dienste, aber

Verbindungsstrasse ernüchtert

Die Würfel gefallen: Die Regionale Verbindungsstrasse A15-Gaster ist vom Tisch. Brunschwiler, Präsident der Region Zürichsee-Linth, findet dafür klare Worte.



Bilder Markus Timo Rüegg



Zufrieden: Roger Zahner, Cornelia Meier und Daniel Ritler von der IGMRU.



Enttäuscht: Caroline Widmer und Mario Grob von den Befürwortern.

auch Post und SBB. «Man kann nicht sagen, Uznach würde von der Region nicht profitieren.» Es sei auch demokratiepolitisch fragwürdig, wenn einzelne Gemeinden regionale Interessen torpedieren könnten. «Die Uzner Stimmbürgerschaft verweigert uns den Zugang.» Und dann sagte Brunschwiler: «Entschuldigen Sie, wenn ich emotional reagiere, aber ich bin wirklich sehr enttäuscht.» Auch die Vertreter des TBA zeigten sich enttäuscht

«Man kann nicht sagen, Uznach würde von der Region nicht profitieren.»

Félix Brunschwiler
Präsident Region Zürichsee-Linth

vom Verdikt. Marcel John sagte, man sei nun wieder auf dem Stand von 2009. Es sei illusorisch, zu glauben, dass es jetzt sofort eine Alternative geben werde. «Es reicht nicht, einfach eine rote Linie auf eine Karte zu zeichnen», wandte er sich an die Gegner, die mit verschiedenen angeblichen «Alternativprojekten» an die Öffentlichkeit gelangt waren.

Und Projektleiter Manfred Huber betonte, dass es ein Trend sei, dass solche Projekte bekämpft würden. «Je grösser sie sind, desto öfter werden sie abgelehnt.» Die Arbeit werde ihm aber nicht ausgen. «Wir haben rund 400 Kantonstrassenprojekte am Laufen.»

Strassengegner zufrieden

Die IG Verbindungsstrasse hatte auf ein Ja gehofft. Präsident Mario Grob ist natürlich ebenfalls «sehr enttäuscht». «Jetzt sind die gefordert, die das gebodigt haben.» Es gebe ja auch solche, die neu im Gemeinderat sässen (siehe auch Seite 4). Grundsätzlich müsse man mit der Niederlage umgehen. «Ich glaube nicht, dass wir vom Ja-Komitee zu wenig gemacht haben. Wir erwarten, dass nun die versprochenen Lösungen kommen.»

Damit sind wir bei den Gegnern der Strasse. Diese hatten sich wohl mehr

als Zeug gelegt für ihre Anliegen. Das Ergebnis ist klar ausgefallen (siehe auch Kommentar). «Wir freuen uns über das Resultat», sagt Roger Zahner, Mitglied der Steuergruppe der Interessengemeinschaft IG Mobilität Region Uznach (IGMRU). Dass die Strassengegner nun in der Verantwortung lägen, weist Zahner von sich. «Die Verantwortung liegt nicht bei uns, sondern beim Gemeinderat.» Dieser müsse nun gemeinsam mit Bevölkerung und Kanton Alternativen zur Verbesserung der Verkehrssituation aufgleisen. Und wichtig dabei sei, dass sich die Bevölkerung wirklich früh einbringen könne. «Es ist ein demokratischer Entscheid und kein Nein gegen Lösungen für eine Verkehrsentslastung», sagt Zahner.

Das Ergebnis fasst die IGMRU in einer Medienmitteilung so zusammen: «Die Bevölkerung akzeptiert all die vielen Nachteile der zusätzlichen Strasse nicht und wertet sie stärker als die Teil-Entlastung im Städtli und auf angrenzenden Strassen.» Es sei ein klares Votum gegen ein Projekt, das so viel Land verbaue, viele Quartiere mit Lärm und Schadstoffen belaste, den Naherholungsraum einschränke und hohe Bau- und Folgekosten bringe. «Das kommt für die Bevölkerung nicht infrage, das zeigt das Ergebnis klar.»

Kommentar

Strassengegner kämpften leidenschaftlich

Urs Schnider
über die Gründe für das Nein zur Umfahrung



Die Umfahrung hat Uznach gespalten. Parteien, Vereine, ja sogar Familien sahen sich vor eine Zerreissprobe gestellt. Der Uzner Gemeindepräsident Diego Forrer schreibt das in einem «Offenen Brief». Er hat recht damit. Es gab kaum eine Abstimmung in Uznach, die die Leute so beschäftigt und mobilisiert hat. Die Leserbriefspalten in dieser Zeitung quollen förmlich über. Die Gegner monierten, die Strasse würde zu viele Nachteile bringen. Diese Botschaft haben sie zweifelsohne klarer rübergebracht. Mit einprägsamen Slogans wie «Betonweid statt Hasenweid» oder «Lärm statt Erholung» verstanden sie es, ihre Argumente gegen die Strasse plakativ auf den Punkt zu bringen.

Und man darf sagen, sie haben weit leidenschaftlicher gekämpft für ihre Überzeugungen, als die Befürworter dies taten. Die Gegner waren sichtbar, sie waren auch hartnäckig, und sie haben mit der «Visualisierung» der Strasse im Gelände einen Coup gelandet, der wohl vielen Uznerinnen und Uznern die Augen geöffnet hat, dass eben ein solches Grossprojekt viele Grossbauten bringen würde – wie die Brücke in der Hasenweid. Das war von Beginn an nicht von der Hand zu weisen.

Demgegenüber sah man von den Strassenbefürwortern lediglich ein paar Plakate «Uznach umfahren, Uznach erleben». Zwar hätte eine Testimonial-Kampagne existiert mit bekannten Köpfen aus Uznach, die sich für die Strasse aussprachen. Gesehen hat man die kaum. Ausser auf der Website der IG. Das hat ganz offensichtlich nicht gereicht.

Hinzu kam, dass sich ausser der Mitte auch die politischen Parteien höchst uneinig waren. Die FDP gelangte an ihrer Mitgliederversammlung überraschend zu einer Nein-Parole, was den Rücktritt von Präsident Michael Rüttsche zur Folge hatte. Die SVP wollte eigentlich Stimmfreigabe beschliessen, die Mitglieder «zwangen» die Parteiführung dann jedoch, eine Nein-Parole herauszulassen.

Schliesslich hat sich auch die Region Zürichsee-Linth nicht gerade exponiert. Eine Medienmitteilung, dass man für die Strasse sei, ist schlicht zu wenig. Erst an der Medienkonferenz vom Sonntag fand Präsident Félix Brunschwiler klare Worte an die Uznerinnen und Uzner. Zu spät.

Man kann von diesem Ergebnis halten, was man will. Eines ist klar. Jetzt sind die Kräfte gefordert, welche die RVS gebodigt haben. Insbesondere die IGMRU. Deren Mitglieder haben ohne Unterlass behauptet, dass es Alternativen gebe. Das haben sie jetzt unter Beweis zu stellen. Und wenn Roger Zahner, Mitglied der Steuergruppe, nun sagt, nicht die IGMRU sei in der Verantwortung, sondern der Gemeinderat, macht er es sich sehr einfach. Denn ein Kritikpunkt war, dass die Gegner zu wenig einbezogen worden seien in die Planung. Aber auch von Uzner Kantonsratsmitgliedern hat man wenig gehört. Einige hatten wohl gemerkt, dass die RVS abgelehnt werden könnte – und blieben lieber still. Auch sie sind nun gefordert.

@ Urs Schnider, Redaktor
urs.schnider@linthzeitung.ch

Umfahrung Uznach

Gemeindebeitrag an das Kantonstrassenprojekt
«Regionale Verbindungsstrasse
A15-Gaster (RVS)»



Live-Linthgebiet: NEIN zur A15

24 linth24.ch/articles/284977-live-linthgebiet-nein-zur-a15

Mario Aldrovandi, Linth24

Region

25.11.2024 10:02 Uhr



Bild: zvg/Linth24

Uznach sagt NEIN zur Umfahrungsstrasse und wählt zwei Gemeinderäte ab. In Schänis gewinnt die SVP gegen die FDP und in Kaltbrunn sind zwei Geschäftsprüfer gewählt.

Nach einer intensiven Debatte in der Öffentlichkeit sagt Uznach deutlich NEIN zum Gemeindebeitrag an die regionale Verbindungsstrasse A15.

Der Gemeinderat von Uznach veröffentlicht diese Medienmitteilung:

«Mit einem Nein-Stimmenanteil von 57.0 Prozent haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Uznach am Sonntag, 24. November 2024, den Gemeindebeitrag an die regionale Verbindungsstrasse A15-Gaster abgelehnt. Der Gemeindebeitrag an die Regionale Verbindungsstrasse A15-Gaster wurde mit einem Nein-Stimmenanteil von 57.0 Prozent abgelehnt. Die Stimmbeteiligung betrug 63.4 Prozent.

Gemeinderat enttäuscht

Der Gemeinderat hatte sich für das Entlastungsprojekt ausgesprochen und ist vom Ergebnis enttäuscht. Was genau zum Nein führte, will er in den nächsten Wochen sorgfältig analysieren. Die Beantwortung der Frage, wie es in der Verkehrsplanung nun weitergeht, wird ab dem kommenden Jahr 2025 die Aufgabe des neu konstituierten Gemeinderats sein.

Im Wissen, dass die Regionale Verbindungsstrasse A15-Gaster nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile aufweist, gewichtete der Gemeinderat in einer gründlichen Gesamtbeurteilung den Nutzen höher und befürwortete das Vorhaben mit Überzeugung.

Abstimmung als Teil der Demokratie

Dem Gemeinderat war es jedoch wichtig, den Gemeindebeitrag demokratisch zu legitimieren. Deshalb setzte er sich für eine Anpassung der Gemeindeordnung ein, wodurch eine Urnenabstimmung möglich wurde. Mit dem nun vorliegenden Abstimmungsergebnis sagt die Stimmbürgerschaft zur bisherigen Stossrichtung «Nein».

Diesen Willen gilt es zu akzeptieren.

Verkehrsstrategie in Frage gestellt

Félix Brunswiler, Präsident der Region Zürichsee-Linth, erinnerte an der Medienorientierung an den regionalen Ansatz des Projekts. Im Wissen, dass die verkehrlichen Probleme in und um Uznach nur gemeindeübergreifend gelöst werden können, hat die Region Zürichsee-Linth bereits 2009 ein regionales Verkehrskonzept verabschiedet.

Die Umfahrung des Uzner Zentrums ist darin als eines der Schlüsselemente aufgeführt. Brunswiler nimmt das Abstimmungsergebnis mit Bedauern zur Kenntnis. Es stellt die Verkehrsstrategie für Uznach und die umliegenden Gemeinden grundsätzlich in Frage.

Kein Plan B in der Schublade

Einen Plan B, den man einfach aus der Schublade ziehen könnte, gibt es nicht. Gemäss Manfred Huber, Projektleiter beim Tiefbauamt St. Gallen, wird die Regierung die Situation in den kommenden Wochen in Ruhe analysieren und beurteilen. Über das weitere Vorgehen wird zu gegebener Zeit informiert.»

Der Uzner Gemeinderat verbarg seine Enttäuschung an der Medienkonferenz nicht. Gleichzeitig veröffentlichte einen offenen Brief an die Bevölkerung, welchen wir hier publizieren.

Offener Brief des Gemeindepräsidenten Diego Furrer nach der Ablehnung der A15

Zu Wort meldeten sich auch die siegreichen Gegner der Umfahrung. Auch ihre Mitteilung veröffentlichen wir hier.

Medienmitteilung der Gegner der A15 Umfahrungsstrasse

A15: Kritik an Brunschwiler

24 linth24.ch/articles/285520-a15-kritik-an-brunschwiler

Stefan Gschwend, Schmerikon

27.11.2024 08:05 Uhr



Stefan Gschwend (links) aus Schmerikon ist mit Aussagen seines Gemeindepräsidenten Félix Brunschwiler (rechts) nicht einverstanden. Bild: zvg/Linth24

Leserbriefschreiber Stefan Gschwend aus Schmerikon ist mit den Aussagen seines Gemeindepräsidenten Félix Brunschwiler zur A15 nicht einverstanden.

Stefan Gschwend nimmt Bezug auf den Artikel: «Félix Brunschwiler ist sauer» <https://linth24.ch/articles/285326-felix-brunschwiler-ist-sauer> und schreibt:

«Ich bin irritiert über die Aussagen unseres Gemeindepräsidenten, wenn er sagt: „Jedenfalls war es vom Gemeinderat Uznach sehr grosszügig, mit der Änderung der Gemeindeordnung diese Abstimmung erst zu ermöglichen.“. Unterschwellig werden hier die direktdemokratischen Bürgerrechte infrage gestellt, worauf vor allem die Föderalisten stolz sind.

Übe ich als kleiner Bürger Kritik, zum Beispiel an den notorisch höheren Steuern in Kanton und Gemeinde, erhalte ich meistens nur folgenden Tipp: „Chasch ja zügler, wenn's dir nöd passt!“ Und, gilt diese Aussage auch im vorliegenden Fall?

Strassen waren schon lange da

Ebenfalls problematisch ist folgende Aussage: „Das Narrativ «Die anderen profitieren und wir zahlen» ist zutiefst zynisch, gegenüber der Region und vor allem gegenüber dem Uzner Gewerbe und den Uzner Menschen entlang der Hauptachsen.“

Ein Blick in die Seite <https://map.geo.admin.ch/>, Rubrik „Zeitreise“, zeigt bei der Auswahl eines beliebigen Jahres des letzten Jahrhunderts, dass die „Hauptachsen“, von denen die Rede ist, bis auf das rund 300 Meter lange Städtchen schon lange da waren, also lange bevor unmittelbar an diese Achsen Haus um Haus gebaut wurde.

Damals wie heute hätte man es in der Hand (gehabt), nicht unmittelbar angrenzend ans Trottoir zu bauen. Es wird aber nach wie vor gemacht, einfach mit schallisolierten Fenstern.

Unklare A15-Folgen für Schmerikon

Schmerikon hätte mit dem Gratis-Zubringer in die Industrie profitiert.

Ungewiss aber hätte die Situation in Bezug auf die generelle Verkehrsentwicklung wegen des A15-Zubringers im Dorf ausgesehen. Auch darüber wurde kein Wort verloren.

Der zunehmend überlastete, einspurig geführte Abschnitt der A15 ab Ausfahrt Neuhaus bis Jona und umgekehrt, hätte dank digitaler Navigationsgeräte, gepaart mit der Verhinderungspolitik des Kantons, wirksame flankierende Massnahmen durch Schmerikon hindurch umsetzen zu lassen, mit Sicherheit bald wieder zu Mehrverkehr geführt.

Daran haben die Befürworter der A15 nie erinnert. Lieber beschränkten sie sich mit Worten wie „Egoismus“, „Eigeninteresse“, „Lügen“, „Ideologie“ und „Steigerung der Lebensqualität“ auf einen Angriff auf die Gegner mit ihren durchaus berechtigten Anliegen.»

Stefan Gschwend, Schmerikon

Verwandte Artikel

«Plan B» Komitee zu A15-Gaster

24 linth24.ch/articles/285499-plan-b-komitee-zu-a15-gaster

27.11.2024 07:35 Uhr



Kernteam des «Plan B» Komitees, das für Uznach eine Tunnellösung favorisiert: (v.l.) Cornel Rüegg, Marcel Ming, Markus Boos, Walter Lieberherr. Bild: zVg (Collage Linth24)

Das «Plan B» Komitee dankt für das klare Nein zur A15-Gaster in Uznach und entgegnet Félix Brunschwilers Kritik. Diese sei «grotesk» und zeige «fehlendes Demokratieverständnis».

Unter dem Titel «Danke für ein klares NEIN zu einem missratenen Umfahrungsprojekt in Uznach!» schreiben Cornel Rüegg, Marcel Ming, Markus Boos und Walter Lieberherr vom «Plan B» Komitee:

«Am vergangenen Sonntag hat das Uzner Stimmvolk mit klarer Mehrheit das aus der Zeit gefallene Projekt der Regionalen Verbindungsstrasse A15-Gaster (RVS) abgelehnt. Ein wegweisender Entscheid, welcher nach viel Engagement im Abstimmungskampf der Befürworter wie auch der Gegner basisdemokratisch gefällt wurde. 57 % Nein-Stimmen bei hoher Stimmbeteiligung sind ein klares Verdikt und das freut uns vom Plan B Komitee.

Als Gemeindepräsident Schmerikon und Präsident der «Region Zürichsee-Linth» kritisierte Félix Brunswiler den A15-Gaster-Entscheid. (Archivbild) Bild: Markus Arnitz, Linth24

«Fehlendes Demokratie-Verständnis» – «groteske Kritik»

Dass Félix Brunswiler, Präsident der Region Zürichsee-Linth und Gemeindepräsident von Schmerikon, mit dieser Niederlage hadert, ist soweit verständlich, dass er jedoch das Mitspracherecht der Uznerinnen und Uzner in Frage stellt, was auf ihrem Gemeindegebiet passiert, zeigt fehlendes Demokratieverständnis. Im Interview in der Linth-Zeitung vom 26.11.2024 beurteilt er die Abstimmung zur RVS demokratiepolitisch kritisch. Dieser Denkhaltung gilt es vehement entgegenzutreten. Wehret den Anfängen! Es ist immer noch so, dass die Stimmbürger das letzte Wort haben und nicht die Politiker. Auch wenn Herr Brunswiler offensichtlich das gerne anders gesehen hätte.

Geradezu grotesk ist seine Kritik am Uzner Gemeinderat, da dieser die Änderung der Gemeindeordnung frühzeitig veranlasst hatte und somit im Sinne der Demokratie die RVS-Abstimmung ermöglichte. Für diese Handlung gebührt der Uzner Behörde ein Lob.

Idee des «Plan B» Komitees für eine Uzner Nordumfahrung durch einen Tunnel mit Eingängen am Uznaberg, in Fischhausen und vor Gommiswald. Bild: © Swisstopo / «Plan B» Komitee

Nichts verloren, sondern Chance für bessere Lösung gewonnen

Die Mehrheit der mündigen Bürger ist der Angstmacherei der Befürworter betreffend die letzte Chance für eine Verkehrslösung nicht verfallen. Es ist nichts verloren, sondern wir haben alle die Chance gewonnen, nun bessere Lösungen für die Verkehrsprobleme in und um Uznach auszuarbeiten. Es gibt konkrete Alternativen, wie es im Vorfeld der Abstimmung das Plan B Komitee mit der nördlichen Tunnellösung aufgezeigt hat. Auch eine Unterführung zur Eliminierung vom Bahnübergangsproblem wäre ernsthaft zu prüfen. Zudem ist der Zeitpunkt für einen Neubeginn ideal, da die erneuerten Gemeindebehörden am 1. Januar starten und grossmehrheitlich nicht der abgelehnten Umfahrungsvariante 19SR nachtrauern.

Es gilt nun nach vorne zu schauen und beim Kanton realistische und zukunftsweisende Lösungen einzubringen bzw. einzufordern, damit beim nächsten Mal die Zustimmung vom Stimmvolk nur noch eine Formsache ist. Dann wird auch Herr Brunswiler zufrieden sein!»

«Plan B» Komitee / Linth24

Verwandte Artikel

Uznacher bodigen die Umfahrung

StG
28.11.24

Mit 57 Prozent spricht sich das Stimmvolk deutlich gegen die Umfahrung aus

Viel wurde im Vorfeld zur Regionalen Verbindungsstrasse A11-Gaster (RVS) debattiert und um Stimmen dafür und dagegen gekämpft. Seit Sonntag ist klar, dass das Generationsprojekt an der Urne hochab geschickt wurde.

Uznach Die Pläne zur Umfahrung sind vom Tisch. Die Uzner Stimmbürger verwerfen das RVS-Grossprojekt mit 57 Prozent klar. Die IG Mobilität Region Uznach (IGMRU) freut dieser Entscheid. In ihrer Mitteilung heisst es unter anderem, die Bevölkerung habe ein klares Votum abgegeben, dass ein Projekt, das so viel Land verbaue, viele Quartiere mit Lärm und Schadstoffen belaste, den Naturerholungsraum einschränke und hohe Bau- und Folgekosten bringe, nicht in Frage komme. Mit dem Referendum und seinen Aktivitäten hat die IGMRU einen zentralen Beitrag dafür geleistet, dass die Bevölkerung sich intensiv mit der Umfahrung auseinandergesetzt und diskutiert hat, heisst es weiter. Laut IGMRU liegt die Verantwortung nun beim Gemeinderat. Sie fordert diesen auf, eine Auslegung zu machen. Dabei sei es wichtig, sich ohne Scheuklappen gemeinsam mit der Bevölkerung und mit dem Kanton neue Ziele zu setzen, Alternativen zu diskutieren und möglichst kurz-, mittel- und langfristige Beiträge für eine Verbesserung der Verkehrssituation aufzulegen und umzusetzen. Mit dem Referendum und seinen Aktivitäten habe die IGMRU einen zentralen Beitrag dafür geleistet, dass die Bevölkerung sich inten-



Solche Bilder dürften nach der Abstimmung noch lange zum Alltag der Uzner gehören.

Bild: ale

siv mit der Umfahrung auseinandergesetzt und diskutiert hat, Vor- und Nachteile abgewogen habe.

Einen Plan B gibt es nicht

Bei den Befürwortern der RVS herrscht laut Berichten Ernüchterung. Felix Brunschwiler, Präsident der Region Zürichsee-Linth, erinnert an den regionalen Ansatz des Projekts. Im Wissen, dass die verkehrlichen Probleme in und um Uznach nur gemeindeübergreifend gelöst werden können, hat die Region Zürichsee-Linth bereits 2009 ein regionales Verkehrskonzept verabschiedet. Die Umfahrung des Uzner Zentrums ist darin als eines der Schlüsselemente aufgeführt. Brunschwiler nimmt das Abstimmungsergebnis mit Bedauern zur Kenntnis. Es stellt die Verkehrsstrategie für Uznach und

die umliegenden Gemeinden grundsätzlich in Frage. Einen Plan B, den man einfach aus der Schublade ziehen könnte, gibt es nicht.

Aufeinander zugehen

Der intensive Abstimmungskampf hat in der Gemeinde Uznach Spuren hinterlassen, schreibt die Gemeinde. Nun ist der Entscheid in einer demokratischen Ausmarchung gefallen - der Abstimmungskampf ist zu Ende. Dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, dass sich die Wogen nun wieder glätten und dass in Zukunft auch andere Themen wieder einen Platz haben. «Ich wünsche mir, dass wir einen Schritt aufeinander zugehen und versuchen, wieder vermehrt Verständnis auch für andere Meinungen aufzubringen», so der Uzner Gemeindepräsident Diego Forrer.

pd/ale

Uznach versenkt RVS

Hoch gingen die Emotionen im Vorfeld zur Abstimmung der RVS. Mit 57% Nein-Stimmen wurde diese in der Gemeinde Uznach an der Urne versenkt.

Da in Uznach mittels Referendum eine Urnenabstimmung erzwungen wurde, ist nun das gesamte Strassenprojekt gescheitert. So bekommt auch Schmerikon die dringend nötige Anbindung des Industriegebietes nicht und muss diese selber stemmen.

Enttäuschter Gemeinderat

Diego Forrer, Gemeindepräsident von Uznach, zeigt sich denn auch schwer enttäuscht ob dem Ergebnis. Zugleich ruft er in einem offenen Brief die Bewohner dazu auf, aufeinander zuzu-

gehen. Der Abstimmungskampf hat in Uznach tiefe Gräben geöffnet. Diese gelte es nun wieder zu schliessen.

Gemeinderat in der Pflicht

Roger Zahner von der IG Mobilität Region Uznach (IGMRU) sieht nun den Gemeinderat in der Pflicht, eine Auslegeordnung zu machen und einen Folgeprozess einzuleiten. Im ersten Quartal 2025 will die IGMRU an einer Mitgliederversammlung die weiteren Schritte besprechen, jedoch vorerst nicht mit eigenen Lösungsansätzen vortreten. Für Zahner ist es nachvollziehbar, dass der Anschluss des Industriegebietes in Schmerikon wichtig und sinnvoll ist und geht davon aus, dass dieser nun von Schmerikon eigenständig realisiert wird.

Alles andere als begeistert ist man in Schmerikon. Mit der RVS hätte man auf Kantonskosten die dringend benötigte Anbindung des Industriegebietes Allmeind erhalten. Da diese nun gestorben ist, muss die Gemeinde nach einer eigenen Lösung suchen.

Die Stimmberechtigten haben 2023 aufgrund einer Volksmotion vorsorglich bereits einen Planungskredit von 600 000 Franken dafür gesprochen. Wie Félix Brunschweiler, Gemeindepräsident von Schmerikon, mitteilt, wird nun ein Bauprojekt ausgelöst und im Agglomerationsprogramm angemeldet. Dabei soll auch die Finanzierung diskutiert werden. Brunschweiler rechnet mit Kosten von etwa 20 Mio. Franken.

(sga)



Die Gegner hatten mit ihrer Kampagne Erfolg.

Foto: sga

Gemeinderat ist komplett

Im zweiten Wahlgang waren für den Gemeinderat von Uznach noch drei Mandate zu vergeben. Diese sind nun besetzt durch Isabelle Kuster (parteilos, bisher), Herbert Zahner (FDP, neu) und Othmar Bürgi-Fuchs (Grüne, neu). Nicht mehr gewählt wurden die beiden bisherigen Swen Ottiger (Die Mitte) und Hans Urs von Matt (SP); sowie die neu angerebnete Claudia Weber (parteilos). Die Stimmbeteiligung lag bei 52,50 Prozent.

(Mitg.)

Jetzt fordert Politik ^{L2} Taten zur Umfahrung ^{28.11.24}

Kaum sind die Urnen im Uzner Gemeindehaus verstaut, tritt die Politik auf den Plan: Zwei Kantonsratsmitglieder aus Rapperswil-Jona fordern in einem Vorstoss Antworten von der Regierung. Und ein weiterer Tunnel kommt ins Spiel.

von Urs Schnider

Es war zu erwarten gewesen, und einige der Protagonisten hatten es bereits angekündigt. Nach dem Nein aus Uznach zur Umfahrungsstrasse RVS stellen erste Politiker Forderungen. So haben drei Tage nach dem Urnengang Kantonsrat Andreas Bisig (GLP, Rapperswil-Jona) und SP-Kantonsrätin Susann Helbling, ebenfalls aus der Rosenstadt, in einer Interpellation «einen neuen Plan für Uznach» ins Spiel gebracht.

«Das Konzept von immer noch mehr Strassenbauten ist gescheitert», schreiben die beiden im Vorstoss. Daraus aber zu schliessen, die Bevölkerung sei mit der heutigen Situation zufrieden, wäre ein Fehlschluss. Die Bevölkerung erwarte nun «zu Recht» Lösungen.

Tempo-30-Zonen?

Im Vorstoss wollen sie von der Regierung wissen: Ob die Uznerinnen und Uzner auch bei alternativen Lösungen auf den Kanton zählen können. Immerhin wäre der Kanton bereit gewe-

sen, 400 Millionen Franken zu investieren. Bisig und Helbling sehen beispielsweise Tempo-30-Zonen als probates Mittel. «Die Lärmbelastung wäre geringer und das Sicherheitsgefühl höher.» Deshalb wollen sie von der Regierung unter anderem wissen, welche Möglichkeiten der Kanton habe, um die Lärmbelastung im Zentrum von Uznach zu reduzieren.

Und in bürgerlichen Kreisen wird offenbar hinter den Kulissen daran gearbeitet, eine neue Tunnelvariante in die Debatte einzubringen. Und diese hätte es in sich. **REGION SEITE 3**

Betonweid statt Hasenweid:
Die Umfahrungsstrasse ist vom Tisch, das Thema brodelt weiter. Jetzt kommt ein erster Vorstoss von linker Seite und fordert Massnahmen.

Archivbild Philippe Baer



von Urs Schnider

Die Ernüchterung der Befürworter und der Jubel der Gegner hallen noch nach. Am Sonntag lehnte die Uzner Stimmbürgerschaft den Gemeindebeitrag zur Regionalen Verbindungsstrasse (RVS) A15-Gaster deutlich ab. Die Strasse ist damit vom Tisch. Drei Tage nach dem Urmengang wird nun bereits die Politik aktiv. Kantonsrat Andreas Bisig (GLP, Rapperswil-Jona) und SP-Kantonsrätin Susann Helbling, ebenfalls aus der Rosenstadt, fordern in einer Interpellation «einen neuen Plan für Uznach».

Im Vorstoss schreiben die beiden: Das vom Tiefbauamt ausgearbeitete Grossprojekt mit seinen Brücken, Tunnels und sechs neuen Strassenkilometern sei vom Volk klar abgelehnt worden.

Bisig und Helbling sind sich sicher: «Das Konzept von immer noch mehr Strassenbauten ist gescheitert.» Und betonen gleich: Daraus aber zu schliessen, die Bevölkerung sei mit der heutigen Situation zufrieden, wäre ein Fehlschluss. Diese erwarte von der Politik zu Recht Lösungen.

Ausbau von Fuss- und Veloverkehr

Lösungen zu einer nachhaltigeren Mobilitätszukunft gebe es: nämlich den Ausbau des Fuss- und Veloverkehrs. Aber auch der öffentliche Verkehr sowie Carsharing müssten ausgebaut werden – oder es sollen kurze Wege in der Raumplanung gefördert werden. Der Politiker und die Politikerin aus Rapperswil-Jona gelangen deshalb mit einem Strauss an Fragen an die Kantonsregierung. Sie wollen etwa wissen, ob die Uznerinnen und Uzner auch bei alternativen Lösungen auf den Kanton zählen können. Immerhin wäre der Kanton bereit gewesen, 400 Millionen Franken zu investieren.

Zudem wollen die beiden wissen, was die nächsten Schritte des Kantons sind, um gemeinsam mit der Region Zürichsee-Linth und der lokalen Be-

völkerung die Mobilität in Uznach zu verbessern. Weiter heisst es in der Interpellation etwas verwirrend: «Wie kann der motorisierte Individualverkehr in Uznach reduziert werden?» Andreas Bisig präzisiert auf Anfrage, dass dabei natürlich nicht in erster Li-

nie neue Bauten gemeint seien. «Bis jetzt setzte der Kanton auf die neue Strasse», so Bisig. Aber damit würde der Verkehr nicht reduziert. «Es gibt Lösungen, die ohne bauliche Massnahmen auskommen», ist er überzeugt.



«Wie kann der motorisierte Individualverkehr in Uznach reduziert werden?» Susann Helbling (SP) und Kantonsratskollege Andreas Bisig von der GLP haben Fragen an die St. Galler Regierung.

Bildet: Archiv / Benjamin Maner

Neuer Plan für Uznach – nach Nein zu Umfahrung kommen erste Forderungen

L2 23.11.24

Noch hängen Plakate, und die Visualisierungen der Umfahrungsstrasse im Gelände sind noch nicht alle weg, schon wird die Politik aktiv. Ein erster Vorstoss zum Thema kommt aus Rapperswil-Jona.

Kritik an Regionenpräsident

Das Komitee Plan B, das sich in der Diskussion um die Umfahrungsstrasse für einen Tunnel im Norden Uznachs starkgemacht hatte und an vorderster Front gegen die RVS kämpfte, kritisiert den Präsidenten der Region Zürichsee-Linth, Félix Brunschwiler. In einer Medienmitteilung schreibt Plan B: «Am vergangenen Sonntag hat das Uzner Stimmvolk mit klarer Mehrheit das aus der Zeit gefallene Projekt der Regionalen Verbindungsstrasse A15-Gaster (RVS) abgelehnt.» Das sei ein «wegweisender Entscheid», mit 67 Prozent Ja-Stimmen basisdemokratisch gefällt.

Dass nun Félix Brunschwiler als Präsident der RZL sowie als Gemeindepräsident von Sommerikon mit dieser Niederlage hadere, sei so weit verständlich. «Dass er jedoch das Mitspracherecht der Uznerinnen und Uzner infrage stellt, was auf ihrem Gemeindegebiet passiert, zeigt fehlendes Demokratieverständnis.» Im Interview mit der «Linth-Zeitung» (Ausgabe vom Dienstag) beurteile er die Abstimmung zur RVS «demokratisch-kritisch». Dieser Denkhaltung gelte es vehement entgegenzutreten, schreibt Plan B weiter. «Es ist immer noch so, dass die Stimmbürger das letzte

Wort haben, und nicht die Politiker. Auch wenn Herr Brunschwiler offensichtlich das gerne anders gesehen hätte.» Geradazu «grotesk» sei seine Kritik am Uzner Gemeinderat, da dieser die Änderung der Gemeindeordnung frühzeitig veranlasst hatte und so die RVS-Abstimmung ermöglichte. Für diese Handlung gebühre der Uzner Behörde ein Lob. «Die Mehrheit der mündigen Bürger ist der Angstmacher der Befürworter betreffend die letzte Chance für eine Verkehrslösung nicht verfallen. Es ist nichts verloren, sondern wir haben alle die Chance gewonnen, nun bessere Lösungen für die

Verkehrprobleme in und um Uznach auszuarbeiten.» Es gebe konkrete Alternativen, schreibt Plan B. Und der Zeitpunkt für einen Neubeginn sei ideal, da die erneuerten Gemeindebehörden am 1. Januar starten und grossmehrfach nicht der abgelehnten Umfahrungsvariante nachtrauern würden. Es gelte nun, nach vorne zu schauen und beim Kanton realistische und zukunftsweisende Lösungen einzufordern. «Damit beim nächsten Mal die Zustimmung des Stimmvolks nur noch eine Formsache ist. Dann wird auch Herr Brunschwiler zufrieden sein», schreibt Plan B weiter. (snu)

Die Frage sei, wie kann man den Verkehr reduzieren mit alternativen Möglichkeiten. «Wir wollen den Ball aufnehmen und zeigen, dass es auch Alternativen gibt», sagt Bisig. Er denke etwa an ein Anreizsystem der SBB mit verschiedenen Firmen.

Zudem seien auch Tempo-30-Zonen ein probates Mittel. «Die Lärmbelastung wäre geringer und das Sicherheitsgefühl höher.» Deshalb wollen Helbling und Bisig in ihrem Vorstoss von der Regierung auch wissen, welche Möglichkeiten der Kanton habe, um die Lärmbelastung im Zentrum von Uznach zu reduzieren.

Vorpreschen statt gemeinsam?

Dass ein politischer Vorstoss mehr Gewicht hätte, wenn die Kantonsräte und Kantonsrätinnen aus See-Gaster gemeinsam eine Eingabe machen würden, weiss auch Bisig. «Klar, je mehr, desto besser.» Aber es sei im kantonalen Parlament schwierig mit solchen Anliegen, weil es doch einige eher «ideologisch-verkehrsfreundliche» Vertreter darin gebe.

Vert der Vorstoss aus Rapperswil-Jona in Uznach befremdend aufgenommen werden könnte, denkt Bisig nicht. «Nein, das sehe ich nicht. Wir sind im Wahlkreis gewählt, und es ist ein wichtiges politisches Thema.»

Man solle nicht nur über die Betroffenen reden, sondern auch mit ihnen. «Ich erachte unseren Vorstoss als gerechtfertigt.»

Dass die Interpellation bei anderen Kantonsrätinnen und Kantonsräten auf nicht viel Resonanz gestossen wäre, zeigt die Aussage von Mitte-Politikerin Franziska Steiner-Kaufmann. Sie sei nicht angefragt worden. «Aber ich hätte den Vorstoss auch nicht unterzeichnet», betont sie.

Kommt der Ricketunnel wieder aufs Tapet?

Dass auch andere Politiker und Politikerinnen derzeit am Weibeln sind, zeigt eine Idee, die in bürgerlichen Kreisen offenbar schon breit diskutiert wird. Dort wird mit einem Ricketunnel geliebäugelt, der dann ins Nationalstrassennetz aufgenommen werden soll. Also rund 24 Kilometer unter dem Ricken durch bauen und in den Dörfern die entsprechenden Ausfahrten bieten.

Aus SVP-Kreisen ist dazu zu vernehmen, der Zeitgeist habe sich geändert. Strassen gehörten heute unter die Erde. Laut mehreren Quellen, die ungenannt bleiben wollen, sollen dafür auch die nationalen Politikerinnen und Politiker mit ins Boot geholt werden.

Generationenabstimmung beschäftigt weiter

LZ
28.11.24

Die Mitte Uznach hat ihre Parole zum Budget 2025 der Gemeinde gefasst. Und denkt über das Nein zur Regionalen Verbindungsstrasse nach.

Am Montag, 2. Dezember, ist in Uznach Budgetversammlung. Die Politische Gemeinde informierte am Dienstag über die wesentlichen Geschäfte. Und die Mitte Uznach hat sich nach der Orientierungsversammlung zur Mitgliederversammlung getroffen und die aktuellen Themen der Gemeinde diskutiert, wie die Ortspartei mitteilt.

Ja zu Budget und Steuerfuss

An ihrer Versammlung beschloss die Mitte Uznach die Ja-Parole zum Budget 2025 und zum Steuerfuss 2025. Zudem wählte sie Stefan Kühne in die Ortsparteileitung.

Selbstverständlich sei die Generationenabstimmung über die Regionale Verbindungsstrasse (RVS) auch Thema gewesen, heisst es in der Mitteilung der Mitte (siehe auch Seite 3). Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Uznach hätten am letzten Sonntag das

Strassenprojekt und somit die Verbanung des Verkehrs heraus aus dem Siedlungsgebiet abgelehnt. Es gelte, diesen klaren und deutlichen Entscheid demokratisch zu akzeptieren. Für die Uzner Mitte sei es jedoch unverständlich und inakzeptabel, dass die IG Mobilität Region Uznach (IG-MRU) «sich aus der Verantwortung schleichen will» und ihr Präsident Roger Zahner im Anschluss an die Abstimmung verkündete, dass die Verantwortung für eine neue Lösung des Verkehrsproblems nun beim Gemeinderat liege «und nicht bei uns».

«Verantwortung abschieben»

Jahrelang habe die Gegnerschaft moniert, dass der Gemeinderat und der Kanton ohne Mitwirkung der Bevölkerung eine Verkehrslösung erarbeitet hätten. Erstens stimme dies nicht und zweitens zeige sich nun, dass gar keine

Die Mitte Uznach werde auch weiterhin für nachhaltige Lösungen kämpfen.

Lösung gefunden werden wolle und die Verantwortung abgeschoben werde.

«Was ist nun mit den von IGMRU und «Plan B»-Komitee im Abstimmungskampf angepriesenen, angeblichen Alternativen?», fragt die Mitte. Es scheine so, dass das Verkehrsproblem in Uznach doch nicht ganz so einfach zu lösen ist, wie allen versprochen wurde. Für die Mitte Uznach sei die Gegnerschaft sehr wohl in der Verantwortung, nun mitzuarbeiten. Habe diese doch sehr aktiv und erfolgreich das vorliegende Strassenprojekt verhindert.

Die Bürgerinnen und Bürger dürften erwarten, dass die IGMRU und das «Plan B»-Komitee sich mit dem gleichen Enthusiasmus aktiv für eine echte Lösung – und keine Alibiübung – einsetzen. Oder sei man doch nicht so überzeugt, dass es nachhaltige Alternativen gibt, die den Verkehr von den Uzner Hauptachsen wegbringen?

Die Mitte Uznach werde auch weiterhin ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und für nachhaltige Lösungen kämpfen. Kurz- und mittelfristig gehe es nun darum, die Lebensqualität im Zentrum und entlang der Achsen ohne RVS verbessern zu können. Sinkende Wohnqualität gehe immer auch mit sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Sozialausgaben einher. «Wenn diese Entwicklung eintrifft, dann wären wir schneller bei einem um 10 Prozent gestiegenen Steuersatz, als uns die RVS-Gegner in Bezug auf die Verbindungsstrasse auf ihren Plakaten weismachen wollten», so die Mitte. Die Investition in Lebensqualität sei eine Investition in die nachhaltige, langfristige Attraktivität der schönen Gemeinde Uznach. Hier von hätten alle etwas und sie sei erst noch günstiger, als die Auswirkungen finanzieren zu müssen. (eing)

Nachlese zu A15 und Wahlen

24 linth24.ch/articles/285528-nachlese-zu-a15-und-wahlen

Uznach

28.11.2024



Bild: zvg/Linth24

Leserbriefschreiber Kurt Scherrer aus Uznach war für die A15. Er akzeptiert nun, dass seine Meinung unterlegen ist, hat aber dennoch ein paar Worte für die Befürworter übrig.

Unter dem Titel «Ironisch-sarkastische Nachlese zur RVS-Abstimmung und den Gemeinderats-Wahlen» schreibt Kurt Scherrer.

«Nachdem im Abstimmungskampf der mit den Tiefen des Erdreichs bestens vertraute Sumpfologe per Abstimmungsplakat seine Expertise kundtun konnte, die Geologie-Amateure schreiben durften, wo die für den Bau eines Tunnels «preisgünstigsten» Gesteinsschichten verlaufen, die selbsternannten Verkehrsplaner eine «pfannenfertige» Lösung präsentierten und die «Geld und Gülle-Fraktion» (FDP und SVP) die in Bälde zu erwartende Steuerfusserhöhung auf 10% veranschlagte wissen wir es jetzt: Die RVS ist von einer «unheiligen Allianz» der Grünen und Bauern (bei der nächsten Abstimmung zu einer grüneren Landwirtschaftspolitik dürfen die Grünen und die Bauern dann wieder munter auf einander eindreschen) und den Steuerfuss-Spezialisten der FDP und ihren Mitläufern gebodigt worden.

Unheilige Allianz hat gesiegt

Klar ist: Dieses Abstimmungsresultat gilt es in einer Demokratie zu akzeptieren!

Die Verlierer sind jene Menschen, die an der Verkehrsachse leben und wohnen und die sich mit ihrem Einkommen kein Haus in den «ruhigen» Aussenquartieren leisten können. (Die würden sicher auch gerne dort wohnen!) Sie bezahlen möglicherweise mit gesundheitlichen Folgen.

Was global zu beobachten ist, zeigt sich auch bei dieser Abstimmung: Menschen mit kleinem Geldbeutel bezahlen die Rechnung!

Gemeinderat reist ins Niemandsland

Wenn ich dann die Wahlergebnisse der GR-Wahlen sehe, wird mir klar, wohin die Reise der Gemeinde Uznach gehen wird: Ins Niemandsland!

Der SP-Kandidat und der Mitte-Kandidat sind abgewählt worden (sie bzw. ihre Parteien haben sich für die RVS ausgesprochen). Der FDP-Kandidat (der im Gemeinderat mal richtig «Dampf» machen will) und zwei «grüne» Kandidaten haben das Rennen gemacht.

Bei den beiden «Grünen» war ihre Position zur RVS klar, da sie sich auch öffentlich geäußert haben. Beim FDP-Kandidaten war's ein «Herumgemurkse» und er hat sich hinter dem Parteibeschluss «versteckt». (Jetzt wird mir auch klar, warum beim ersten Kandidaten-Podium im BGZ das «Thema RVS» elegant aussen vor gelassen wurde. Dabei wären die Positionen der Kandidaten ja die interessantesten gewesen!)

Kräftig Dampf machen

In der Linth-Zeitung vom Montag, 25. November macht es sich R. Zahner ja sehr einfach, wenn er von sich gibt: «Die Verantwortung liegt nicht bei uns, sondern beim Gemeinderat»!

Also darf ich mir vorstellen, dass die Gegner der RVS im Gemeinderat (FDP, SVP und 2 «Grüne») bald nach der konstituierenden Sitzung «zügig» das Dossier «Verbesserung der Verkehrssituation in Uznach» an die Hand nehmen und mit all ihren zahlreichen, selbsternannten Fachkräften für Sumpf, Geologie, Verkehrsplanung und Finanzen kräftig «Dampf» machen in St. Gallen und auf den Tisch hauen nur bis St. Gallen wird man die «Dampfmacher» nicht hören und so bald auch nicht erhören!

Die FDP Uznach hat sich – so meine ich – mit ihrer Position im Abstimmungskampf ins eigene Bein geschossen und ich hoffe, dass sich ihre Stammwählerschaft, KMU's und Gewerbetreibende bei der nächsten Wahl daran erinnern wird.

Kurt Scherrer, Uznach